

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Alex Dorow

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Sanne Kurz

Abg. Martina Fehlnner

Abg. Robert Brannekämper

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Jenny Schack

Abg. Martin Wagle

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion

**"Für einen zukunftsfähigen und schlanken öffentlich-rechtlichen Rundfunk:
Strukturelle Reformen vorantreiben - Rundfunkbeitrag stabil halten!"**

Sie kennen ja das Prozedere grundsätzlich: 5 Minuten oder 10 Minuten, wenn jemand länger sprechen will. – Als Erster nimmt Kollege Alex Dorow für die CSU-Fraktion diese Möglichkeit mit 10 Minuten in Anspruch.

Alex Dorow (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Das Thema dieser Aktuellen Stunde ist nicht ohne Grund von meiner Fraktion auf die Tagesordnung gesetzt worden: "Für einen zukunftsfähigen und schlanken öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Strukturelle Reformen vorantreiben – Rundfunkbeitrag stabil halten!" Das ist eine Zukunftsaufgabe, die gleichzeitig auch ein Bekenntnis ist. Wir bekennen uns eindeutig zur dualen Rundfunkordnung mit einem starken, funktionsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk und daneben natürlich auch zu wettbewerbsfähigen, vielfältigen privaten Medien.

Die Relevanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die Menschen ist immer noch hoch. 5,5 Millionen Menschen in Bayern hören täglich die Hörfunkprogramme des BR. Vor dem Hintergrund der Bedeutung für den gesellschaftlichen Diskurs und die Demokratie sind sie nicht wegzudenken.

Aber wir müssen leider auch feststellen: Die Akzeptanz geht zurück. Die Kritik an Strukturen und Kosten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, aber auch an Defiziten bei Qualität sowie bei Ausgewogenheit und Meinungsvielfalt in seinen Programmangeboten wächst. Hinzu kommen grundlegende Veränderungen im Nutzungsverhalten. Ich denke da beispielsweise an die digitalen Medien oder an die jüngere Generation, die immer schwerer erreicht wird, und auch an Skandale wie beim RBB.

Die Strukturen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben sich – wir müssen es so sagen – teilweise überlebt. Strukturen und Angebote sind teilweise redundant. Ich möchte beispielsweise darauf hinweisen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk über 13 Fernsehvollprogramme sowie sieben Spartenprogramme, 72 Radiosender und zahlreiche Digitalangebote verfügt. Das ist zunächst einmal eindrucksvoll, wirft aber bei ständig steigenden Gebühren irgendwann auch die Frage auf: Ist das alles in dieser Form notwendig?

Umfassende Reformen fordert auch der von den Ländern eingesetzte Zukunftsrat in seinem Gutachten vom Januar 2024, also ganz aktuell. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss demnach digitaler und effizienter werden und seinen Angebotsauftrag besser erfüllen.

Wer den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stark und zukunftsfähig erhalten will – das wollen wir –, der muss grundlegende Reformen bei Strukturen und Inhalten entschlossen angehen. Die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müssen einen echten Mehrwert für die Gesellschaft bieten, den andere Medien in dieser Form und dieser Breitenwirkung nicht abdecken können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das heißt in der Konsequenz: Nicht jede Rundfunkanstalt kann und muss alles selbst anbieten und überall präsent sein. Angesichts begrenzter Ressourcen bedarf es einer Fokussierung auf den Kernauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, nämlich eine verlässliche und qualitativ hochwertige Grundversorgung der Bevölkerung mit Informationen, Bildung, Beratung und Kultur. Diese kann auch mit weniger linearen Fernsehprogrammen, weniger Hörfunksendern, weniger Mediatheken, weniger Websites und weniger Social-Media-Kanälen als bisher gewährleistet werden.

Notwendig ist nach unserer Auffassung daher eine möglichst umfassende Kooperation zwischen den Anstalten, vor allem bei Verwaltung, bei der Technik, bei der IT und Organisation sowie bei den Inhalten, die nicht für die regionale Identität von Bedeutung

sind. Die regionale Identität ist ein eigener Punkt, den wir nach unserer Auffassung nicht beschneiden sollten. Es bedarf aber einer effektiven Arbeitsteilung – übrigens nicht nur innerhalb der ARD, die in dieser Hinsicht bereits zahlreiche Schritte unternommen hat, sondern auch mit ZDF und Deutschlandradio –, einer Pflicht zur Zusammenarbeit und des Abbaus von Doppelstrukturen. Das heißt: gemeinsame Berichterstattung statt Parallelarbeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kolleginnen und Kollegen, ich gebe zu: Es mag dem einen oder anderen merkwürdig erscheinen, wenn jemand mit meiner Statur hier von Verschlinkung spricht.

(Heiterkeit)

Ich tue es trotzdem. Eine strukturelle Verschlinkung ist und bleibt die Voraussetzung für transparentes, effizientes und auch sparsames Wirtschaften. Das erwarten die Beitragszahler zu Recht von uns.

Wir fordern daher zur Schärfung des Auftrags, zu schlankeren Strukturen und zu einer deutlichen Reduzierung der Programme im Fernsehen auf. Die Anzahl der Spartenprogramme sollte von derzeit 10 auf 5 reduziert werden. Ähnliche Programme können nach dem Grundsatz "Weniger vom Gleichen" zusammengefasst werden wie zum Beispiel ARD One, ZDFneo, Phoenix oder tagesschau24, gegebenenfalls auch die Weiterentwicklung von Arte und 3sat zu einem gemeinsamen Programm sowie die Einsparung von mindestens 14 der aktuellen 72 Hörfunkprogramme. Es gibt zahlreiche Wellen mit einem sehr ähnlichen Musikprofil.

Die beiden ARD-Anstalten Radio Bremen und Saarländischer Rundfunk – das wird mir dort keine Freunde machen, aber es muss gesagt werden – sind nur dank der Umverteilung von Beiträgen durch den ARD-Finanzausgleich überhaupt überlebensfähig. Sie sollten in Mehrländeranstalten eingegliedert werden, die sich in anderen Regionen bereits gut bewährt haben. Beitragsmittel für regionale Inhalte aus diesen Bundesländern

sind natürlich vertretbar, aber nicht für Strukturen, nicht für Overhead und Intendanten. Ich möchte jetzt nicht auf die Intendantengehälter eingehen. Das ist der Diskussion vielleicht nicht förderlich.

Eine Fokussierung auf den Kernauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Bereich der Information, etwa durch Verankerung eines festen Anteils von Informationen in der Sendezeit der Hauptprogramme Das Erste, ZDF und Dritte in Höhe von 60 % ist nötig.

Wir nehmen die Reformansätze innerhalb der ARD sehr positiv zur Kenntnis; dies sei ausdrücklich gesagt. Dort sollen journalistische Kompetenzzentren gebildet werden – das ist ein guter Weg –, die bei übergreifenden Themen Inhalte für alle bereitstellen. Es sollen gemeinsame Mantelprogramme im Hörfunk entwickelt werden, soweit sie der regionalen Berichterstattung aus den Ländern auch weiterhin Platz einräumen. Aber das alles muss auch zu echten, bezifferbaren Kosteneinsparungen führen und nicht nur zu Umschichtungen. ZDF und Deutschlandradio dürfen bei diesen Reformen gerne mitmachen. Sie dürfen auf keinen Fall außen vor bleiben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Länder haben bereits wichtige Voraussetzungen für einen schlanken und zukunftsfähigen Rundfunk auf den Weg gebracht. Der Medienstaatsvertrag hat die Zahl der gesetzlich beauftragten Fernsehprogramme stark reduziert. Insbesondere die Spartenprogramme können flexibilisiert oder nur noch digital angeboten werden, müssen also nicht mehr linear ausgestrahlt oder können auch ganz eingestellt werden.

Der Medienstaatsvertrag hat den Auftrag im Bereich Unterhaltung eingeschränkt und wohlweislich gegenüber Kultur, Bildung und Information abgestuft; er muss dem öffentlich-rechtlichen Profil entsprechen und den Aufsichtsgremien auch klar aufgeben, Kolleginnen und Kollegen, verbindliche Richtlinien über inhaltliche und formale Qualitätsstandards für das Programm festzulegen und zu überprüfen. Dabei dürfen wir aber nicht stehen bleiben. Die Anstalten müssen mehr eigene und mit konkreten Fakten

und Zahlen hinterlegte Reformen angehen. Unser politisches Ziel muss sein, weiter entschlossen und umfassend Strukturreformen auf Ebene der Länder auf den Weg zu bringen, und das nicht irgendwann, sondern jetzt.

Wir wollen und werden keine Beitragserhöhung zum 1. Januar 2025 mittragen. Umso wichtiger sind Maßnahmen, die möglichst schnell zu schlankeren Strukturen und zu Einsparungen führen. Lassen Sie mich ganz deutlich sagen: Uns ist völlig klar, dass eine einfache Verweigerung der von der KEF vorgeschlagenen Erhöhung ohne sehr triftige Gründe nicht zulässig ist; das ist auch gut so. Deshalb wollen und müssen wir den Auftrag entsprechend ändern und ihn zukunftsfähig für eine korrekte Bewertungsgrundlage anpassen, nicht irgendwann, wie gesagt, sondern jetzt.

Wir wollen den Reformstaatsvertrag bis Herbst 2024 vorlegen. Das ist ein ambitioniertes Vorhaben. Es ist nicht vermittelbar, wenn während der laufenden Reformdiskussion auf Grundlage einer KEF-Empfehlung auf Basis des bisherigen Auftrags eine Beitragserhöhung ab 1. Januar 2025 beschlossen werden soll.

Meine Damen und Herren, das ist – lassen Sie mich das ausdrücklich sagen – auch keine Frage der Parteipolitik. Bayern und zahlreiche weitere Länder mit politisch ganz unterschiedlichen Koalitionen – Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt – wollen eine Erhöhung ohne Reform nicht mittragen. Erhöhungen belasten die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich. Sie passen nicht in die Zeit und schaden der Akzeptanz des Systems.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir sind der Auffassung: Der künftige Beitrag muss sich auch an einem künftig reformierten Rundfunk orientieren. Zum jetzigen Zeitpunkt, mitten in der Reformdiskussion, den Rundfunkbeitrag zu erhöhen, macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Das ist das falsche Signal. Wir wollen und brauchen jetzt Reformschritte, die den Beitrag langfristig zumindest stabil halten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner, der für die AfD-Fraktion spricht, ist der Kollege Ferdinand Mang.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Diese Debatte dreht sich auf Vorschlag der CSU-Fraktion um das Thema, wie man den Rundfunk schlank und zukunftsfähig macht. Fangen wir einmal mit dem Begriff "schlank" an. Der Kollege Dorow hat ja schon Vorschläge gemacht, wie man die Programme eindampfen kann. Ich werde jetzt Punkte ansprechen, die die CSU-Fraktion nicht angesprochen hat.

Mittlerweile soll uns Bürger die zwangsfinanzierte Propaganda rund 41,7 Milliarden Euro kosten. So wollen es ARD, ZDF etc. Das sind übrigens knapp 3 Milliarden Euro mehr als bei der letzten Runde. Der Bürger muss es ja haben, und bei diesem tollen Angebot darf doch niemand Nein sagen. – Doch, das darf man.

Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, kurz KEF genannt, hat diesen angemeldeten Bedarf geprüft und schon mal um 1,8 Milliarden gekürzt. Allerdings ist damit noch lange nicht das Ende der Fahnenstange zur Eindämmung der Geldverschwendung erreicht. Die KEF rügt an zahlreichen Stellen die Verschwendungssucht der zwangsgebührenfinanzierten Sender; so zum Beispiel die wie selbstverständlich geübte Praxis, überdurchschnittlich hohe Gehälter zu bezahlen. Freilich, für die Führungskräfte hier zahlt man gerne mehr als im Vergleich zum öffentlichen Dienst oder im Vergleich zur freien Wirtschaft. Da ist keine Einsicht zu erwarten.

Ich zitiere die Zukunftskommission, die ja für eine Reform der zwangsfinanzierten Anstalten eingesetzt wurde. Zitat: "Ein von vornherein auf niedrige Gehälter abzielender ‚Gehaltspopulismus‘ hilft ebenso wenig weiter wie eine tendenzielle Angleichung an privatwirtschaftliche Verhältnisse." Oder an anderer Stelle, Zitat: "Bei Moderatorinnen

und Moderatoren, die ihre Formate selbst produzieren, sollten nicht eventuelle privatwirtschaftliche Konkurrenzangebote den Maßstab setzen, sondern im Sinne der Akzeptanz eine angemessene Bezahlung für herausragende öffentlich-rechtliche Qualität."

(Heiterkeit bei der AfD)

Zitatende. – Alles klar! Was interessieren schon wirtschaftliche Aspekte, wenn man mit Zwangsbeiträgen gemästet wird. Die Verhältnisse in der Privatwirtschaft jucken wenig, wenn man im vergoldeten Elfenbeinturm residiert

(Beifall bei der AfD)

und auch fest entschlossen ist, dort zu bleiben. Bloß nicht zu viel Kontakt zum neidischen Pöbel! Dazu passt es auch, dass die KEF und die Landesrechnungshöfe wiederholt monieren, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen. Aber solche Untersuchungen verweigern die Anstalten hartnäckig. Dafür kommt das Volk in den Genuss dieser herausragenden öffentlich-rechtlichen Qualität in Form von links-grüner Hofberichterstattung, Angstpropaganda für den Klimabetrug, Fachkräfte-Geschwurbel, Migrationsmärchen, Ausgrenzung und Hetze, Hetze, Hetze gegen Andersdenkende,

(Beifall bei der AfD)

alles garniert mit zahlreichen Manipulationstechniken, um dem Wahlvolk die links-grüne Agenda aufzuzwingen und einzubläuen. Sieht man sich die erst vor Kurzem im Rundfunkrat gegen die Stimmen der AfD verabschiedete Qualitätsrichtlinie an, weiß man auch, wohin die Reise in Zukunft geht:

Meinungen dürfen ausdrücklich ungleichgewichtet werden, und wessen Meinung wie oft zu Wort kommt, liegt nun in freier Willkür der Anstalten. Wen stört schon das Gleichbehandlungsgebot nach Artikel 3 des Grundgesetzes?

Ich sehe bei dieser extremistischen Haltung der zwangsgebührenfinanzierten Sender aktuell keine Zukunftsfähigkeit. Zwar mag sich die Regierung selbst in die Tasche lügen, sie belügt auch die Bevölkerung und behauptet wahrheitswidrig, dass die Angebote bei allen Bevölkerungsgruppen hohes Vertrauen genießen und intensiv nachgefragt würden. Aber liest man die Berichte der Zukunftskommission, dann zeigt sich ein anderes Bild. Gerade die Jungen pfeifen auf das verlogene Angebot. Mögen die Alten noch glauben, was in der Zeitung steht und die "Tagesschau" erzählt, die Jungen tun es nicht mehr. Und wissen Sie was? – Das ist auch gut so.

(Beifall bei der AfD)

Ich sehe nur eine Zukunft für den Rundfunk, und zwar ohne Zwangsgebühr als Bürgerrundfunk, der sich sparsam, sachlich und neutral, ohne Manipulationstechniken, auf seine Kernaufgaben konzentriert, die Unterhaltungsprogramme den Privaten überlässt und die Meinungsbildung dem freien Bürger.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Rainer Ludwig für die FREIEN WÄHLER.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir dürfen stolz sein, dass Bayern ein so bedeutender und lebendiger Medienstandort ist. Bayern ist Heimat für Medienvielfalt, und das duale System aus öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk hat sich hier im Freistaat bestens bewährt. Wir haben eine breite, unabhängige, systemrelevante und pluralistische Medienlandschaft. Sie ist Garant für freie Meinungsbildung.

Explizit der öffentlich-rechtliche Rundfunk schreibt eine Erfolgsgeschichte, und ich darf als FREIER WÄHLER ausdrücklich betonen: Wir stehen felsenfest hinter den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten und schätzen deren hohen Wert; denn sie spielen eine tragende Rolle für unsere offene Gesellschaft und sind unverzichtbar für unsere De-

mokratie. Die Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – Kollege Dorow hat sie schon erwähnt – Bildung, Information, Beratung, Kultur und Unterhaltung sind als verfassungsrechtlicher Programmauftrag fest verankert im Grundgesetz.

Meine Damen und Herren, Qualitätsjournalismus ist heute wichtiger denn je und auch sehr anspruchsvoll, gerade in Zeiten von permanenten Krisen und Kriegen, Fremdenfeindlichkeit und aufkeimendem Extremismus, kruden Verschwörungstheorien, Hass und Hetze im Netz. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk gilt als ein Bollwerk gegen Fake News und Versuche, unsere Demokratie durch Falschmeldungen und Meinungsmache zu destabilisieren.

(Lachen bei der AfD)

Gerade im Kampf gegen rechtspopulistische, toxische Strömungen sind verlässliche, sachliche und sorgfältig recherchierte Informationen

(Lachen bei der AfD)

essenziell.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Ich erinnere hier an die journalistischen Grundsätze einer unabhängigen, objektiven, neutralen und faktenbezogenen Berichterstattung.

(Unruhe bei der AfD – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): An den "Faktenfuchs"!)

Deshalb haben Qualität, Transparenz und das Öffentlich-Rechtliche einen erkennbaren Mehrwert für die Menschen vermittelt. Sie sind die Voraussetzungen und Garantie für eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Deshalb sind auch stetige Anpassungen durch eine moderne Mediengesetzgebung unentbehrlich, um klare Rahmenbedingungen zu schaffen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Rundfunkanstalten zu stärken.

Akzente setzen hier jeweils die Medienänderungsstaatsverträge. Eingeführt wurden schon die sogenannten Richtlinienkompetenzen hinsichtlich inhaltlicher und formaler Qualitätsstandards. Geregelt wurden Überwachung der Wirtschafts- und Haushaltsführung, Kontrollen zur Einhaltung der Grundsätze der Sparsamkeit und Ressourceneffizienz. Die vierte Fassung enthält weitere Verpflichtungen zur Einführung von Compliance-Managementsystemen, und auch der fünfte Entwurf reagiert auf Veränderungen im crossmedialen Medienmarkt, insbesondere auf digitale Herausforderungen.

Meine Damen und Herren, auch wir FREIE WÄHLER meinen: Eine grundlegende und nachhaltige Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist unverzichtbar. Unser Ministerpräsident hat ein Entrümpelungsgesetz vorgeschlagen. Es geht dabei um die Reduzierung von mindestens 20 Sendern sowie eine deutliche Straffung der TV- und Rundfunkprogramme. Ja, seine Forderung, die Kernaufgaben zu erhalten, aber Unnötiges zu entschlacken, tragen wir auch gerne mit, ebenso die Verschlinkung von Verwaltungen.

Viele Empfehlungen decken sich ja mit denen des Zukunftsrates. Dieser fordert die Überprüfung des öffentlich-rechtlichen Auftrages, die Schärfung für eine stärkere Orientierung am Gemeinwohl und an der Demokratie; er fordert den Umbau von Organisations- und von Führungsstrukturen, neue Kontrollorgane, einheitliche Technologien für digitale Plattformen und ein neues Finanzierungsverfahren nach dem Prinzip der erbrachten Leistungen.

Insgesamt ist das also ein echtes Kraftpaket. Das sind alles sehr interessante Vorschläge. Wir sagen Ja zu einem Relaunch, aber bitte auch strategisch durchdacht und keine Schnellschüsse. Relevante Schritte müssen sorgfältig abgewogen sein, und dazu bedarf es noch einiger Details.

Meine Damen und Herren, Ziel muss es sein, die Programmqualität zu erhalten, in den Bereichen Verwaltung und Technik Strukturen und Zusammenarbeit effizient zu stär-

ken und Prozesse zu vereinfachen. Dabei bietet insbesondere auch die Digitalisierung enorme Chancen.

Natürlich ist uns auch bewusst, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit all seinen Aufgaben und Herausforderungen eine auskömmliche Finanzierung benötigt. Unser Wunsch wäre aber, die erforderlichen Reformbemühungen, das Ziel der Wirtschaftlichkeit und insbesondere der Beitragsstabilität auch ohne Erhöhung der Rundfunkgebühren zu erreichen, ohne dabei aber die Leistungsfähigkeit einzuschränken. Lassen Sie uns diese Reformen beherzt angehen, als Garant für eine gemeinsame erfolgreiche Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht 10 Minuten Sanne Kurz.

Sanne Kurz (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium – drei Frauen sitzen hinter mir, das ist heute mal gut so –, sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Dorow, schlank kann bedeuten: attraktiv, gesund; aber es kann auch von Schwindsucht zeugen. Das ist, glaube ich, der Punkt, bei dem wir ganz genau hinschauen müssen; denn wenn es in der Reformdebatte wirklich nur um Beitragsstabilität geht, dann müssen wir uns auch anschauen, wie wir bisher finanziert haben. Einen schwindsüchtigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk will, glaube ich, keiner.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Beitragserhöhung – das habe ich heute früh von einem Mann, der die Zeitung las, in der U-Bahn gehört – ist doch ein Wahlkampfgeschenk für die AfD. Wir haben es jetzt auch gerade gesehen, wie hier die Bühne populistisch genutzt wird, um mit politischen Kampfbegriffen zu argumentieren und kein Stück nützliche Inhalte voranzubringen. Das halte ich für ein großes Problem, denn: Dieses Bollwerk gegen Desinformation einzureißen, das wir mit unseren öffentlich-rechtlichen Programmen haben, das ist

wirklich der Wunsch der Rechten da drüben. Das ist das Problem, das wir hier im Land schon auch haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb bin ich sehr dankbar für die sehr sachlichen Einlassungen des Kollegen Ludwig und auch von dir, lieber Kollege Alex Dorow, weil ich finde, dass wir unsere Kräfte bündeln und gemeinsam nicht nur in vorseilendem Gehorsam schauen müssen, wie alles billiger werden kann, sondern gemeinsam schauen müssen, wie wir einen stabilen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für unsere Zukunft aufstellen können.

Ich sage ganz kurz zur Beitragsentwicklung – ich hatte versprochen, dass ich dazu etwas sage –: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird, wenn die Beitragserhöhung kommen sollte, von 2009 bis 2028 den Beitrag pro Jahr um 0,26 % erhöht haben. Schauen wir jetzt auf die Inflationsrate in der Zeit: Diese Erhöhung liegt unter der Inflationsrate.

Hätte man nur mit der Inflation gerechnet und nicht mit der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, die unabhängig ist, die wir Länder uns zwar ausgedacht haben, die uns aber keine Rechenschaft schuldig, uns nicht zur Rechenschaft verpflichtet ist, die unabhängig agiert und die da immer wieder auf die Zahlen schaut, dann müsste der Betrag laut dem Vorsitzenden der KEF bei 24 bis 25 Euro liegen. Das heißt: Wir liegen ohnehin 5 bis 6 Euro darunter. Das bestätigt uns, dass wir hier ein sehr wirtschaftliches, effizientes und sparsames Verfahren haben, das vor allem eines nicht ist: zwangsfinanziert. Es ist vielmehr staatsfern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die gesetzlichen Grundlagen legen fest, dass wir den Auftrag diskutieren. Lieber Kollege Dorow, es ist wirklich toll, dass wir das hier heute machen können, dass wir ganz konkret darauf schauen: Was hat der Zukunftsrat vorgeschlagen? Was hat die Rundfunkkommission der Länder in ihrer Klausur besprochen? Und auch: Was dringt zu

uns aus vielen Petitionen, von Bürgergesprächen, aber auch aus den Anstalten, die sich sehr wohl um Kontakt zum Publikum bemühen, die sehr wohl auch ihr Ohr dran haben und die seit 2017 sehr wohl auch schon einen eigenen Reformprozess angestoßen haben?

An der zukunftsfesten Gestaltung des Auftrags könnt ihr euch natürlich leichter beteiligen als wir GRÜNE beispielsweise. Deshalb ist es hier auch ein gutes Forum, damit wir das öffentlich diskutieren können; denn rings um unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk tanzen scheinbar jüngere und frischere Angebote. Sogar wer noch einen Fernseher hat, schaut heute Netflix oder YouTube. Die Playlist hat dem Radio längst den Kampf angesagt. Dialogische Formate und User Generated Content bieten neue Chancen, die aber durch globale Geschäftsmodelle polarisieren, obwohl sie tatsächlich zur demokratischen Meinungsbildung und zur Stärkung unserer Demokratie beitragen könnten, wenn sie gut moderiert würden, beispielsweise mittels starker öffentlich-rechtlicher Programme.

Eine sich in Überschallgeschwindigkeit verändernde neue Medienwelt, die nur Polarisierung bietet, ist also nichts, was wir wollen. Neuerdings kündigen sogar Konzerne die Kontrolle der Meinungsbildung an. So hat Meta erst kürzlich angekündigt, alles, was "politische Inhalte" seien oder "soziale Themen" betreffe, nicht mehr aktiv auszuspielen zu wollen. Das ist auch unser Content, der Content unserer Fraktionen. Das bedeutet, es bekommt niemand mehr zu sehen, der nicht ohnehin schon einem Account folgt, der sich nicht ohnehin schon eine Meinung gebildet hat. Da wundert es wenig – der Seitenhieb sei mir erlaubt –, dass bei solcher Kontrolle durch Meta die Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder nur auf knapp 1.300 Likes auf Instagram kommt, sein Tanzvideo aber auf 30.000 Likes. Wer das Video gesehen hat, der weiß, dass das nicht daran liegt, dass er jetzt besser tanzt, als er regieren kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen Wege finden, damit die öffentlich-rechtlichen Angebote auch in diesen Drittplattformen mithalten können und präsent sind, so-

dass wir eben nicht eine Medienwelt haben, in der ein Herr Zuckerberg unsere Reichweiten kontrolliert und uns kontrolliert, ob wir Essensvideos sehen oder Regierungserklärungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Über den Zukunftsrat und die Rundfunkkommission wurde schon viel gesagt. Ich will noch hinzufügen: Dazu gibt es auch Zahlen. Die KEF prüft auch gerade, was wie viel an Einsparungen bringt: die Deckelung der Gehälter in der Führungsebene, die Anpassung an den öffentlichen Dienst. Da kursierte in der "Süddeutschen Zeitung" eine Zahl, da würde wohl 0,1 Cent beim Rundfunkbeitrag gespart. Die Abschaffung aller Klangkörper, also der Orchester, Chöre und Big Bands, würde 41 Cent bringen. Daran sieht man schon: Man muss wirklich an die großen Strukturen heran.

Jetzt ist es natürlich für eine Partei, die es nur in Bayern gibt, recht leicht zu sagen: Dann schaffen wir mal den Saarländischen Rundfunk und Radio Bremen ab. Blickt man aber auf die Mediatheken, wird letztendlich keiner mehr genau hinschauen: Welches Angebot ist jetzt genau vom Bayerischen Rundfunk? Welches ist vom ZDF, wenn die beiden Programme dann endlich fusioniert sein werden? Welches ist vom SWR? – Ich selbst habe beim SWF gearbeitet, als die Fusion mit dem SDR anstand. Wir haben uns mit Händen und Füßen dagegen gewehrt. Schauen wir jetzt zurück, sehen wir, dass es eine gute Entscheidung war, die beiden zusammenzuführen, weil es das System gestärkt hat, weil daraus eine neue, größere, gestärkte Gemeinschaft hervorgegangen ist, die größer ist als die Summe ihrer Teile. Das ist eigentlich der Weg, den wir gehen sollten, und die Richtung, in die wir gehen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir dürfen den Buchhunger der jungen Leute nicht TikTok überlassen. Wir müssen die Kultur, die Information, die Bildung stärken, aber natürlich auch die Unterhaltung, weil es Menschen gibt, die nicht freiwillig ein Kulturangebot einschalten, mit Unterhaltungsformaten – die "Lindenstraße" hat das zum Beispiel ganz toll vorgemacht – aber sehr

wohl an aktuelle politische Themen, an Diskurse herangeführt werden können und so am gesellschaftlichen Ganzen teilhaben können.

Der Rundfunkpionier Hans Bredow, der nach dem Zweiten Weltkrieg mit seinen Schriften die Staatsferne maßgeblich mitgeprägt hat, hatte 1933 am Tag der Machtergreifung Hitlers seinen Rücktritt als Reichs-Rundfunk-Kommissar, als Leiter des Gesamtdeutschen Rundfunks eingereicht. Er hat es getan, weil er um die Gefahr und die Macht der zersetzenden Staatspropaganda eines Staatsfunks wusste. Er ging, nachdem seine Mitarbeitenden verhaftet worden waren und er mehrere Telegramme an Hitler geschrieben hatte und darum bat, wenn sie nicht entlassen würden, auch selbst inhaftiert zu werden, für 15 Monate ins Konzentrationslager Oranienburg.

Diese Geschichte sollten wir immer im Blick haben. Unsere Geschichte sollten wir immer im Blick haben, wenn wir mit dem Schatz unseres staatsfernen Rundfunks umgehen und gemeinsam daran arbeiten, dass wir auch noch in dreißig, vierzig Jahren einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben. Desinformation destabilisiert Demokratien. Eine Studie der Universität Zürich hat gezeigt, dass die Länder, die einen schwachen öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben, wie beispielsweise die USA, anfällig sind für Verschwörungstheorien: QAnon, der Sturm aufs Kapitol, ein Ex-Präsident, der frei erfundene Lügen ins Netz twittert und damit sein eigenes Land destabilisiert. Das steht in unmittelbarer Korrelation zur Präsenz öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Public Services, wie es auf Englisch heißt.

Die Reichweiten von Social Media sind insbesondere bei jungen Menschen ein Problem, um das wir uns kümmern müssen. Wie das Reuters Institute for the Study of Journalism der Universität Oxford ermittelt hat, nutzen 73 % der jungen Leute Social Media und nicht die klassischen Nachrichten-Apps, -seiten, -sender und Radiostationen als Informationsquelle. Dahin müssen wir auch. Das wird Geld kosten. Deshalb sollten wir gerne an einem starken, modernen Rundfunk für das 21. Jahrhundert arbeiten, aber dabei inhaltlich denken und nicht nur an den Geldbeutel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht für die SPD-Fraktion die Kollegin Martina Fehlner.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Im März 2023 wurde durch die Rundfunkkommission der Länder der Zukunftsrat für die langfristige Entwicklung und Perspektive des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingesetzt. Die Vorschläge des Zukunftsrates für die wichtigen und notwendigen Reformen der Sendeanstalten wurden Ende Januar vorgestellt. Sie sollen zu Einsparungen führen und die Akzeptanz der Sender stärken, auch im Hinblick auf die Finanzierung. Diese Empfehlungen, die nicht bindend sind, werden in den nächsten Monaten in allen 16 Länderparlamenten und auch hier im Bayerischen Landtag ausführlich und intensiv diskutiert, bewertet und eingeordnet werden.

Ein wichtiges Signal ist aus unserer Sicht das klare Bekenntnis des Zukunftsrates zu einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

(Beifall bei der SPD)

Er ist unverzichtbar für unsere Demokratie, und das bedeutet: Wir müssen ihn auch demokratiefest reformieren. Einige wichtige, zentrale Punkte und Reformideen möchte ich kurz skizzieren.

Richtig ist, dass künftig der Akzent stärker darauf gelegt werden soll, dass die Angebote der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, also von ARD, ZDF und Deutschlandradio, demokratie- und gemeinwohlorientiert sind. Wir wissen, die tägliche immense Nachrichtenflut, die sich rasant verbreitenden Informationen auf allen Kanälen, allen voran auf Social Media, überfordern viele Menschen. Deshalb sind Regionalität, regionale Themen und der regionale Auftrag in unserer unübersichtlichen Welt wichtiger denn je. Die Landesrundfunkanstalten sollten dies nach der Empfehlung des Zukunftsrates noch stärker als bisher in den Fokus nehmen. Das begrüßen wir nachdrücklich.

Gerade der Bayerische Rundfunk ist hier mit seinen sechs Regionalstudios ein gutes Beispiel für bürgernahe Berichterstattung. Hier wird gute Arbeit geleistet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine weitere zentrale Frage ist: Erreichen die öffentlich-rechtlichen Sender genügend junge Leute? Wir alle kennen die damit verbundenen Herausforderungen. Es gilt, Netflix, Amazon, Spotify und Co. die Stirn zu bieten und einem Generationenabriss entgegenzuwirken. Das analoge Fernsehen, so wie wir es kennen und mit dem viele von uns aufgewachsen sind, bleibt zwar wichtig, die Zukunft sind jedoch On-Demand-Angebote. Hier haben die Sender allerdings noch erheblichen Nachholbedarf. Auch das hat der Zukunftsrat deutlich aufgezeigt.

Fazit: Die Medienwelt befindet sich in der Transformation hin zu mehr digitalen Angeboten im Netz mit Streamingportalen, Videoinhalten auf Webseiten, Podcasts oder eben auch Audiotheken. Auch dies hat der Zukunftsrat in seinem Gutachten hervorgehoben.

Diesem veränderten Nutzerverhalten müssen die Anstalten Rechnung tragen. Um diesen Prozess zu beschleunigen, sollten ARD, ZDF und Deutschlandradio eine Gesellschaft zur Entwicklung und zum Betrieb einer gemeinsamen technologischen Plattform nach dem Prinzip der Ganzheitlichkeit gründen. Mehr Gemeinschaftsprogramm sowohl im Fernsehen bei den dritten Programmen als auch im Hörfunk soll Einsparungen bringen und Mehrfachstrukturen abbauen. Die Kompetenzzentren sind hier auch ein gutes, wichtiges Signal; sie sind positiv zu sehen.

Am vergangenen Freitag hat die KEF, die unabhängige Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, eine Erhöhung des Rundfunkbeitrages um 58 Cent auf 18,94 Euro ab 2025 empfohlen. Damit liegt der Betrag unterhalb der Bedarfsmeldungen der Sendeanstalten.

(Zuruf: Hört, hört!)

Kolleginnen und Kollegen, der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist fest in unserem Grundgesetz verankert. Das muss auch so bleiben, auch die Finanzierung dieses rechtssicheren, staatsfernen Systems.

Halten wir fest: Im Dritten Medienänderungsstaatsvertrag wurde den Sendern rechtlich die Möglichkeit der Flexibilisierung gegeben, sie können Reduzierungen bei ihren Spartenprogrammen vornehmen. Davon haben sie bisher allerdings nicht genügend Gebrauch gemacht. Die finanziellen Auswirkungen der Reformideen des Zukunftsrates und der Reformvorschläge der Rundfunkkommission sollen jetzt noch durch ein zusätzliches Sondergutachten –

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin!

Martina Fehlner (SPD): – bis zum Herbst berechnet werden. Auch dies begrüßen wir ausdrücklich. Bis dahin gilt es abzuwarten, wie sich die Finanzierung letztlich konkret darstellt.

(Beifall bei der SPD)

Gerade in Zeiten von Fake News – –

Präsidentin Ilse Aigner: Nein, Frau Kollegin, jetzt ist die Redezeit definitiv zu Ende.

Martina Fehlner (SPD): Wir brauchen einen qualitätsvollen öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt ist die Redezeit trotzdem zu Ende.

(Beifall bei der SPD)

Als Nächster spricht Kollege Robert Brannekämper für die CSU-Fraktion.

Robert Brannekämper (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es gleich vorweg zu sagen: Ich bin ein absoluter Verfechter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland. ARD und ZDF müssen die Säule sachlicher, ausgewoge-

ner Information in Rundfunk und Fernsehen sein. Deshalb werden Sie von uns nichts anderes hören als ein klares Bekenntnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Aber in Zeiten, in denen die Kassen nicht mehr so prall gefüllt sind, ist jeder aufgerufen, bei sich einen Kassensturz vorzunehmen. Das gilt für uns in der Politik. Das gilt in schmerzlichem Maß für die Privathaushalte, für die Menschen draußen. Das gilt natürlich auch für die Rundfunkanstalten.

Wir dürfen nicht vergessen: Die Rundfunkanstalten nagen nicht am Hungertuch. Allein im vergangenen Jahr haben sie 10,4 Milliarden Euro bekommen, nach 8,2 Milliarden Euro im Jahr 2022. Ich will ja nicht von Maßlosigkeit sprechen, aber die Rundfunkanstalten haben sich an einen gewissen Automatismus gewöhnt, daran, dass der Betrag einfach immer weiter nach oben steigt. Jetzt wollen sie dieses Jahr eine Erhöhung um 1,58 Euro. Das war selbst der Beitragskommission, der KEF, zu viel, die nun eine Erhöhung um 58 Cent vorschlägt.

Aber auch das halten wir für ein falsches Signal, und zwar aus zwei einfachen Gründen: Wir können und dürfen den Bürgern nicht noch mehr Belastungen zumuten, und wir können die Rundfunkanstalten vom sparsamen Umgang mit Finanzmitteln eben nicht ausnehmen. Deshalb sagen wir ganz klar: Bevor wir die Gebühren erhöhen, muss erst mal bei den Rundfunkanstalten gespart werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Seien wir doch mal ehrlich: Wie oft haben wir in den vergangenen Monaten auf unserer Fernbedienung so weit nach hinten gezappt, dass wir die Sender ONE, alpha oder tagesschau24 ausgewählt hätten und dann auch da hängen geblieben wären? Ich bin der festen Überzeugung, dass bei einer Umfrage hier im Hohen Haus die allerwenigsten Kolleginnen und Kollegen – die Rundfunkräte natürlich ausgenommen, lieber Alex – die Spartenkanäle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf Anhieb alle aufsagen könnten.

(Lachen bei der AfD)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ihr wisst, ich bin ein Verfechter von Kunst und Kultur. Als langjährigem Ausschussvorsitzenden ist mir das auch wichtig. Aber wenn ich auf der Straße gefragt werde, warum wir 24 öffentlich-rechtliche Orchester brauchen, die die Gebührenzahler finanzieren, dann fällt auch mir eine Antwort schwer. 72 Hörfunkprogramme kommen hinzu. Auch da ist Einsparpotenzial vorhanden.

An dem System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks darf in keiner Weise gerüttelt werden. Wir müssen uns auch die Beweggründe vor Augen führen, warum er damals gegründet wurde. Er wurde gegründet, weil man einen Garanten für objektive, umfassende Information der Bevölkerung schaffen wollte. Das ist immer noch der Kernauftrag von ARD und ZDF. Auf diesen Kernauftrag muss man sich in Zukunft wieder mehr konzentrieren.

Ministerpräsident Markus Söder hat vorgeschlagen, diesen Informationsanteil auf 60 % festzuschreiben. 60 % sind sicherlich kein Junktim, aber eine Richtschnur, an der man sich orientieren sollte. Wir brauchen einen Rundfunk, der qualitativ hochwertige Inhalte bietet und eine – das ist mir wichtig – korrekte, umfassende, neutrale und unabhängige Berichterstattung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Menschen in diesem Land müssen sich mit ihren Meinungen und Perspektiven auch im Programm wiederfinden. Dann bestehen das notwendige Vertrauen und die Akzeptanz der Rundfunkbeiträge. In diesem Bereich, muss ich sagen, gibt es jedoch Defizite.

Ich zitiere jetzt einmal – die Zeit reicht gerade noch – das Onlineangebot. "Funk" postete: "Björn Höcke, Alice Weidel, Friedrich Merz und Markus Söder haben etwas gemeinsam: Sie sind rechts." – Das ist ein absolut untragbarer Tendenzjournalismus, der hier abgelaufen ist

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Skandal!)

und schwarz-weiß zeichnet. Das geht so einfach nicht! Bei "Berlin direkt" – Sie können sich vielleicht noch erinnern – ist Markus Söder im Gespräch mit einer Journalistin, die mit Unterstellungen arbeitet und sagt, in den 16 Jahren unter Merkel sei nichts passiert. Als der Ministerpräsident ihr dann klarmachen will, dass es so nicht sei, wird einfach das Interview abgewürgt. Im "Diversity-Talk" zum ARD-Diversity-Tag 2022 sagt die Redakteurin am Schluss, sie fände es nicht gut, dass die Schüler das Gendern nach wie vor ablehnten. Der letzte Punkt: Wir haben 110.000 Erzieher und Erzieherinnen. Obwohl es weniger als eine Handvoll Fälle gibt, wo es nicht richtig läuft, von einem "Tatort Kita" zu sprechen, ist Schwarz-weiß-Journalismus und Journalismus, den wir ablehnen. Hier muss sich der BR darauf festlegen lassen, dass er dies abstellt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt Einsparpotenzial. Eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags jetzt wäre für die Menschen draußen im Land das falsche Signal. Wir lehnen dies deshalb ab.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die AfD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Benjamin Nolte.

(Beifall bei der AfD)

Benjamin Nolte (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen! Kein Intendant darf mehr verdienen als der Bundeskanzler. – Dies sind die Worte des Bundesfinanzministers Christian Lindner, FDP. Falls sich jemand nicht mehr erinnern sollte: Dies ist eine Partei, die es hier im Landtag auch einmal gab. Lang, lang ist es her! Kein Intendant soll mehr verdienen als der Bundeskanzler. Die Realität sieht freilich anders aus. Spitzenreiter bei den Intendantengehältern ist Tom Buhrow vom Westdeutschen Rundfunk mit einem Gehalt von 413.000 Euro, gefolgt von Kai Gniffke vom Südwestrund-

funk mit 379.000 Euro und Joachim Knuth vom Norddeutschen Rundfunk mit 347.300 Euro. So viel also dazu.

Es ist noch keine zwei Jahre her, dass der rbb-Skandal aufflog. Für diejenigen, die es vergessen haben oder gerne verschweigen würden, fasse ich es gerne noch einmal zusammen: Die damalige Intendantin des Rundfunks Berlin-Brandenburg Patrizia Schlesinger gönnte sich nicht nur ein bescheidenes Jahresgehalt von 303.000 Euro, sondern es gab zusätzlich noch variable Gehaltsbestandteile von circa 20.000 Euro. Doch damit nicht genug: Als Dienstwagen gab es einen Audi A8 mit Sonderausstattung wie zum Beispiel Massagesitzen, natürlich auch zur privaten Nutzung, und selbstverständlich inklusive zweier Chauffeure. Nicht nur sie nutzte den Wagen privat, sondern auch Freunde und Familie. Zudem wurden zahlreiche Privatreisen über den rbb abgerechnet, unter anderem nach San Francisco, Los Angeles, Tel Aviv, London, Oslo, Tokio und Zürich. Reisekosten für Familienmitglieder, die Frau Schlesinger begleitet haben, trug der rbb gleich mit. Hinzu kamen vornehme Abendessen in ihrer Berliner Privatwohnung, und wenn Frau Schlesinger bei all den Reisen und Feierlichkeiten und all dem Herumfahren auf dem Massagesitz auch einmal Zeit fand, ihren Arbeitsplatz aufzusuchen, ließ sie es sich auch hier richtig gut gehen. Die Chefetage des rbb ließ sie für 1,4 Millionen Euro umbauen. Allein das italienische Parkett schlug mit 17.000 Euro zu Buche. Ganz nebenbei versorgte Frau Schlesinger noch Freunde und Familienmitglieder mit lukrativen Beraterverträgen.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Probleme mit Clanstrukturen gibt es in Berlin also nicht nur im libanesischen Milieu.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Nachdem ihre Machenschaften aufgefliegen waren und sie entlassen wurde, stellte sie noch Rentenansprüche in Höhe von 18.384,54 Euro pro Monat in Rechnung. Dies ist an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten. Zum Vergleich: Die ehemalige Bundeskanz-

lerin Angela Merkel erhält circa 15.000 Euro Rente und der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck 18.000 Euro.

"Für einen zukunftsfähigen und schlanken öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Strukturelle Reformen vorantreiben – Rundfunkbeitrag stabil halten!" – So lautet der Titel der heutigen Aktuellen Stunde. Liebe Kollegen, wenn Sie mich fragen, gibt es hier nichts zu reformieren. Nach all dem, was ich gerade vorgetragen habe, muss gelten: Der Rundfunkbeitrag gehört nicht stabil gehalten, er gehört auch nicht gesenkt oder gar erhöht, sondern er gehört ohne Wenn und Aber abgeschafft!

(Beifall bei der AfD)

Der links-grüne Sumpf im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gehört trockengelegt, und der Raffgier der linken Medienschickeria gehört ein Ende gesetzt. Weg mit den Zwangsgebühren für linke Regierungspropaganda und für das schamlose Luxusleben einer abgehobenen Elite!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FREIEN WÄHLER spricht jetzt Herr Kollege Prof. Dr. Michael Piazolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum, Herr Kollege, konnten Sie soeben diese Beispiele erwähnen, die wir natürlich nicht gutheißen? Warum wissen Sie davon? – Weil wir in Deutschland unabhängige Medien haben, die darüber berichten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Lachen bei der AfD)

Genau deshalb sind wir froh, dass wir sie und den Bayerischen Rundfunk haben, und genau deshalb sprechen wir heute auch darüber. Die meisten Redner – jedenfalls diejenigen, die dies mit Ruhe und Vernunft beobachten – stellen öffentlich-rechtliche Sen-

der auch nicht infrage, sondern bestärken sie, und dies tun wir als FREIE WÄHLER auch. Wir sind dankbar, dass es den BR gibt, und wir wollen ihn stärken und voranbringen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Natürlich – das ist geschehen – gibt es auch Kritik, und natürlich kann man sich darüber unterhalten, zum Beispiel, wenn man vor zwei Tagen ins Programm blickt und es dort heißt, "Bayern, Bier und Politik". Das ist eine Verkürzung. Wenn dann aber im Untertitel steht, "Bayern ist immer da, wo wir sind", beziehe ich dies jetzt auf diese Debatte: Wir sind hier, und hier reden wir auch über Bayern, den Bayerischen Rundfunk und die Öffentlich-Rechtlichen.

Wir stehen zu diesen Öffentlich-Rechtlichen, und ich sage sehr deutlich: Natürlich werden wir – hierzu sage ich noch ein paar Worte – uns überlegen müssen, was exakt der Programmauftrag ist, um welche Sender es geht und vieles, vieles mehr. All dies ist gerade schon erwähnt worden. Aber für mich ist der BR und sind die Öffentlich-Rechtlichen nicht nur Reduzierung auf Information, sondern es ist wichtig, dass dort auch Kultur und Unterhaltung stattfinden. Denken wir doch einmal zurück an Programme, die vom BR kommen, und damit meine ich nicht nur den "Tatort", sondern auch "Monaco Franze", "Dahoam is Dahoam" und "Hubert und Staller". All diese Sendungen vermitteln bayerisches Lebensgefühl und sind wichtig, entscheidend und gut, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch Unterhaltung bietet Qualität!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Man darf hier aber nicht stehen bleiben. Deshalb ist es notwendig, dass sich der BR wandelt. Das wissen sie dort aber auch, und darüber sprechen wir auch im Rundfunkrat. Schlanker, zukunftsfähiger, schneller, digitaler, spritziger, flexibler – dies sind Adjektive, die wir alle unterschreiben. Es geht aber auch darum, wie man dies umsetzt. Ein "Slim-Fit-BR" darf nicht seine Wucht und seinen hohen Qualitätsstandard verlieren. Deshalb: Voller Programmauftrag!

Die großen Themen sind alle schon genannt worden: Führungsstruktur und Zukunftsrat, Management statt Intendanz, Senderanzahl, Programme, Bezahlung, Führungspersonal und Pensionslasten, all dies sind dicke Bretter. Ich erinnere an die letzte Sitzung im Rundfunkrat: Wenn wir zu Recht drei Stunden über BR 2 und die Kultur sprechen, wissen wir, dass uns diese Themen Jahre beschäftigen werden. Aber sich jetzt hier hinzustellen und zu sagen, bis diese Diskussionen abgeschlossen sind, wird es keine Erhöhung des Rundfunkbeitrags geben, halte ich für falsch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich fand es übrigens nicht zielführend, dass der Zukunftsrat bereits am Tag zuvor ein deutliches Ergebnis nach draußen gebracht hat mit dem Tenor: Mit uns gibt es keine höhere Rundfunkgebühr. – Ich möchte das ganz gerne miteinander verknüpfen, wie das bereits Herr Dorow vorgeschlagen hat; denn dann haben wir einen entsprechenden Druck. Wir müssen beides zusammendenken: Auf der einen Seite stehen die Reformen, aber auf der anderen Seite müssen wir maßvoll darüber nachdenken, wie der Rundfunkbeitrag nicht nur beibehalten, sondern auch erhöht werden kann. "Stabil" kann auch "im Rahmen der Inflation" bedeuten.

Am allerwichtigsten ist mir: Das Bundesverfassungsgericht gibt die Leitlinien vor. Das Gericht hat deutlich gesagt: Die Parlamente bestimmen. Das Parlament – das sind wir hier im Landtag – entscheidet. Diese Entscheidung werden wir nicht im Rahmen einer Aktuellen Stunde treffen, so dankbar ich für diese Aktuelle Stunde auch bin. Diese Entscheidung wird in den zuständigen Gremien mit Verantwortung und Augenmaß getroffen, wie dies in diesem Landtag, in dieser Staatsregierung und in den Fraktionen immer gewesen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Jenny Schack.

Jenny Schack (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Besucher und natürlich auch sehr geehrte Presse! Weil wir heute über Medien reden, lassen Sie mich mit einem Bild beginnen: Der Anblick des Maximilianeums hat mich heute Morgen wieder mit Stolz und Demut erfüllt. Ich bin neu im Landtag. Es ist etwas Großartiges, Teil dieses Hohen Hauses zu sein. Dieses Gefühl hatte ich zum letzten Mal vor etwa 15 Jahren. Damals bin ich aus der Tram ausgestiegen und auf das Funkhaus des Bayerischen Rundfunks zugegangen. Ich habe die beiden blauen Buchstaben gesehen und dachte: Jawohl, ich bin stolz und dankbar, dass ich Volontärin beim Bayerischen Rundfunk sein darf.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der AfD: Können Sie etwas lauter sprechen? Man versteht Sie nicht!)

– Ich kann gerne für die AfD und für alle anderen etwas lauter sprechen. Sie wollen ja schließlich hören, was wir zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu sagen haben.

Ich war damals, wie alle anderen Volontäre auch, die Zukunft des Bayerischen Rundfunks. Heute geht es mir um die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Informationen, Bildung und allem, was dazugehört. Ja, es geht auch um die Unterhaltung. Das ist nämlich der Auftrag des Bayerischen Rundfunks und des öffentlichen Rundfunks.

Wir haben damals schon gesagt, was heute witzigerweise ein anderer Kollege zu mir gesagt hat: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist gefühlt ein großer Tanker. Er fährt durch tiefes Wasser. Er muss aufpassen; denn zurzeit ist das Fahrwasser etwas schwerer als gewöhnlich. Die Fragen, die wir uns stellen müssen, lauten: Ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk noch bei uns? Sind wir beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk? – Es war einmal anders. Es war so, dass wir darüber gesprochen haben, wie der Tatort vom Vortag war. Damals hat man sich über diese Sendung ausgetauscht. Diese gemeinsame Basis haben wir nicht mehr. Dafür gibt es Gründe.

Wie kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Zukunft bestehen? – Die einfache Antwort wäre, dass alles zentral verwaltet werden sollte. Aber das kann natürlich nicht sein. Ich weiß, es gibt noch eine ganz einfache Antwort, aber auf die möchte ich gar nicht eingehen. Viele Menschen im BR, die ich in den letzten Tagen angerufen und gesprochen habe, haben mir gesagt: Bitte nicht. Vorgeschlagen wurde diese relativ einfache Antwort vom Zukunftsrat in einem langen Bericht. Ich habe ihn mir doppelseitig ausgedruckt. Das hat viel Tinte gekostet; er ist nämlich sehr dick. Aber es lohnt sich, diesen Bericht zu lesen. Er wurde von guten Leuten geschrieben, die viele wichtige Impulse für die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gesetzt haben.

In dem Bericht wird vorgeschlagen, anstelle der bisherigen Arbeitsgemeinschaft eine ARD-Anstalt zu schaffen. Sie wissen ja, dass die ARD momentan eine Arbeitsgemeinschaft ist. In dem Bericht wird nett erklärt, dass diese Anstalt zentral und regional sein soll. Das alles klingt erst einmal gut. In der Konsequenz bedeutet das aber, dass Steuerung, Finanzen und Organisation wo liegen? – Ich weiß es nicht. Sie liegen dann in Hamburg oder woanders, jedenfalls nicht bei uns in Bayern. Ein solches Modell lehnen wir entschieden ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das wäre eine neue Anstalt mit neuen Strukturen und neuen Gremien ohne das, wofür wir in Bayern stehen, nämlich für einen starken Rundfunk mit eigenständigem und regionalem Blick auf die Welt.

Mit Blick auf die Zeit werde ich meine Rede sehr stark abkürzen. Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk lernt man, sich seine Zeit einzuteilen. Mir geht es um etwas Besonderes: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist als unabhängig, öffentlich kontrolliert und beitragsfinanziert konzipiert. Dieses Modell hat bis heute seine Berechtigung. Wir haben heute schon gehört, dass es auf unser Grundgesetz und auf die Rundfunkurteile zurückgeht, die das Bundesverfassungsgericht in den letzten Jahren erlassen hat.

Ich bin davon überzeugt, dass wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk brauchen, nicht nur, weil er sich nicht an Quoten und an Werbung orientiert, sondern weil er eine dienende Funktion für die Demokratie hat. Ich sage nicht, dass er die vierte Gewalt sei. Er hat vielmehr eine dienende Funktion, und – das ist mir wichtig – er bietet eine Orientierung durch Fakten und durch Einordnung. Genau das brauchen wir. Wir verlieren uns immer mehr in virtuellen Blasen, aus denen keiner mehr so richtig herauskommt. Wir brauchen aber eine Einrichtung, die uns zumindest ein großes Bild zeigt und uns Orientierung gibt. Ob man dieses Angebot annimmt oder nicht, das kann jeder für sich selbst entscheiden. Aber wir brauchen diese Institution.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Der letzte Redner gehört auch der CSU-Fraktion an. Es ist Herr Kollege Martin Wagle.

Martin Wagle (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir führen hier eine interessante Debatte zu einem sehr wichtigen Thema, das tatsächlich jede Bürgerin und jeden Bürger betrifft. Rundfunkgebühren muss jeder bezahlen, völlig unabhängig davon, ob und in welchem Umfang er die Programme anschaut oder anhört. Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir hier die Debatte darüber führen, welches Angebot wir zu welchem Preis bieten.

Die AfD hat dazu Folgendes ausgesagt, ich zitiere: "zwangsfinanzierte Propaganda", "vergoldeter Elfenbeinturm", "Pöbel", "Klimabetrug" und "Hetze, Hetze, Hetze gegen Andersdenkende". Sie werfen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk "Betrug" und eine "extremistische Haltung" vor. Der Gipfel ist, dass Sie es gut finden, dass die Jungen der Tagesschau nicht glauben. Was Sie hier abgezogen haben, ist unerhört und abscheulich. Das gehört nicht in dieses Parlament.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Natürlich müssen wir diese Debatte führen. Es ist doch logisch, dass es Menschen auf die Palme bringt, wenn die Gebühren in regelmäßigen Abständen erhöht werden. Mancher fragt sich: Was soll das? Wo soll das noch hinführen? Alles wird teurer, Lebensmittel, Mieten, Strom, Heizung, Wasser, Abwasser und jetzt noch der öffentlich-rechtliche Rundfunk, obwohl ich mir das Programm nur in geringem Umfang anschauen bzw. anhöre.

Manchmal kommt die Forderung: Schaffen wir ihn doch ab. Ich schaue eh lieber andere Sender oder informiere mich im Netz, in den sozialen Medien oder sonstwo. – Meine Damen und Herren, genau deswegen müssen wir diese Debatte führen. Wir müssen den Leuten erklären, warum es wichtig ist, Informationsfreiheit zur Verfügung zu stellen, und warum das Angebot der Öffentlich-Rechtlichen wichtig ist.

Um es an dieser Stelle noch einmal klar zu sagen: Die CSU steht zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dessen Auftrag. Der Auftrag lautet, eine verlässliche und qualitativ hochwertige Grundversorgung mit Information, Nachrichten, Bildung, Beratung und Kultur zu bieten. Da ist auch weiterhin alles mit drin, was Sie gewohnt sind. Wir wollen Sportübertragungen vom Skispringen über Skeleton, vom regionalen Fußball oder Handball bis zum Synchronschwimmen, wenn das jemand will. Wir wollen weiterhin ein breites kulturelles und starkes Bildungsangebot, nur eben alles etwas schlanker und kostengünstiger. Jeder Handwerker oder Unternehmer muss sich doch ständig selbst überprüfen, ob sein Sortiment in Art und Vielfalt noch zeitgemäß ist. Selbstverständlich muss er sich auch die Frage stellen, ob seine Organisation noch wirtschaftlich und effizient ist. Aber es ist nicht richtig, sich einfach nur hinzustellen, wie es die Kollegin Kurz gemacht hat, und von Schwindsucht zu sprechen, nur weil man das gegenwärtige Angebot weiterführen will; das ist völlig fehl am Platz.

Deswegen setzen wir genau an diesem Punkt an. Wir fordern die Reduzierung der Programme. Es muss ausgedünnt werden, was zu viel oder nicht mehr zeitgemäß ist. Es muss zusammengelegt werden, was doppelt und dreifach gemacht wird. Bei den Gehältern muss es eine Orientierung am Gehaltsgefüge des öffentlichen Dienstes

geben. Mehr Informationen müssen in digitalen Formaten mit dem zentralen Ziel der digitalen Plattform angeboten werden.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich möchte es noch einmal ganz klar formulieren: Wir wollen keine Erhöhung des Rundfunkbeitrags von 18,36 Euro auf 18,94 Euro je Monat zum 01.01.2025. Wir wollen erst die Reform, und dann schauen wir, welcher Beitrag dafür benötigt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei dieser Strukturreform geht es nicht darum, inhaltlich den "Bergdoktor" gegen viele Tatorte auszuspielen oder gar die Tagesschau gegen BR24. Es geht darum, durch organisatorische Maßnahmen, wie sie jedes Unternehmen machen muss, ein attraktives, zeitgemäßes Angebot zu schaffen, das auch für die Bevölkerung bezahlbar ist. Nur dann wird es auch von den Menschen akzeptiert und getragen werden. Letztendlich müssen das nämlich alle Bürgerinnen und Bürger auch bezahlen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Staatsregierung spricht jetzt der Staatsminister Dr. Florian Herrmann.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank an die CSU-Fraktion für den Vorschlag des Themas und an fast alle, die sich konstruktiv an dieser guten Debatte beteiligt haben. Man hat die klare Botschaft entnehmen können: Die überwiegende, die große Mehrheit des Bayerischen Landtags steht hinter dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, bekennt sich zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, auch die Staatsregierung bekennt sich zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk als zur DNA unserer Nachkriegsordnung gehörend. Ohne den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der Nachkriegszeit und in der gesamten Nachkriegs-

ära gäbe es keine freiheitliche liberale Demokratie, die wir kennen und schätzen und bewahren wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber, auch das gehört zu dieser Debatte und ist von manchen mehr und von anderen weniger deutlich herausgearbeitet worden: Nur wer sich ändert, bleibt sich treu. Die Nachkriegszeit ist eben lange vorbei, die technischen Entwicklungen sind vorangeschritten. Wir leben seit vierzig Jahren im Zeitalter des dualen Rundfunks. Wir haben eine große Zahl von hochleistungsfähigen privaten Rundfunkanbietern, auf die wir in Bayern sehr stolz sind, weil sie eine besonders diversifizierte Medienlandschaft bilden: Sie reichen von den großen privaten TV-Sendern und Hörfunksendern bis zu den kleinen regionalen TV- und Hörfunkanbietern. Sie alle tragen zur großen Meinungsvielfalt und Leistungsfähigkeit unserer Medienlandschaft in Bayern bei.

Heute steht im Fokus der Diskussion um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Frage nach der Zukunftsfähigkeit und auch der Reformfähigkeit. Wir sind uns einig darüber, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk unverzichtbar ist, besonders in Zeiten, in denen die Meinungsbildung eben nicht mehr wie gewohnt stattfindet.

In der heutigen Zeit wird die Meinungsbildung auch herausgefordert – nicht nur durch private Anbieter, sondern vor allem durch Social Media, die Echokammer des Internets, und durch völlig neue Wege der Informationsverbreitung, durch Manipulation, Fake News und vieles andere. Wir bekennen uns heute klar zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seiner besonders eigenen Prägung, nämlich mit großer Ausgewogenheit und mit Grundversorgung. An diesen Aspekten muss sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch in unseren Zeiten messen lassen: Liefert er Grundversorgung? Liefert er ein Angebot, das seinem eigentlichen Auftrag gerecht wird? Liefert er Ausgewogenheit? Beides ist wichtig. Wir wollen sicherlich nicht, dass es am Ende nur noch einzelne Sender gibt, die für ihre jeweiligen Lager stehen, wie wir es aus Amerika kennen:

Auf der einen Seite Fox News und auf der anderen Seite CNN, und ein Diskurs zwischen diesen beiden Polen findet überhaupt nicht mehr statt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Währung für all das ist Vertrauen. Um das geht es im Kern, auch wenn das von manchen bestritten wird. Aber ich glaube, so wie alle Eliten in unserer Gesellschaft leidet auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk, ich würde sagen, leiden die Medien generell an einem gewissen Vertrauensverlust. Vertrauen ist aber die Währung dafür, dass man zum Öffentlich-Rechtlichen steht und am Ende auch den Beitrag bezahlt. Es geht also darum, dieses verloren gegangene und unter Druck geratene Vertrauen wieder zurückzuerobern. Deshalb reden wir über Reformen. Darum sind diese Reformen so notwendig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten über diese Reformen ohne Schaum vor dem Mund reden. Die AfD mit ihrer Position überrascht mich nicht, diese haben wir heute auch wieder gehört. Sie haben ja einen abgrundtiefen Hass gegenüber allem, was liberal und pluralistisch ist, daher natürlich auch gegenüber den öffentlich-rechtlichen Medien.

(Widerspruch bei der AfD)

Ihre Vorstellung ist vermutlich, dass sich im Grunde genommen Ihre Schwurbeltheorien, die Sie von früh bis spät verbreiten, irgendwo in offiziellen Medien wiederfinden, sozusagen als AfD-Hofberichterstattung. Das wird aber nicht passieren, solange es vernünftige Journalistinnen und Journalisten gibt, die kuratieren, einordnen und recherchieren. Diese Art von Medien ist definitiv nicht das, was wir für eine liberale und offene Gesellschaft brauchen. Darum können sie in dieser Debatte auch gar keine Rolle spielen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der AfD)

Wir sollten bei dieser Diskussion auch nicht versuchen, die ewigen Bewahrer zu sein. Es gibt einige Diskussionsteilnehmer – ich habe kürzlich etwas von Gremienvorsitzen-

den, Gremienversammlungs vorsitzenden, oder was immer das für eine Vereinigung ist, gelesen –, die den Geist des völlig Unveränderbaren ausstrahlen und die bei jedem Reformvorschlag sofort Schnappatmung bekommen, da sich irgendetwas verändern könnte. Das ist natürlich der falsche Ansatz; denn das führt zur Verknöcherung und zur Versteinerung des Systems und nicht zu besserer Leistungsfähigkeit oder zu einem modernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Deshalb müssen wir uns der Debatte stellen. Die Debatte wird von den Ministerpräsidenten, aber natürlich auch von den Landtagen geführt, die am Ende die Veränderungen im Medienstaatsvertrag immer diskutieren und darüber abstimmen müssen. Die Reformen müssen weitreichend sein. Der Ministerpräsident hat dazu auch eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht, die man eigentlich nur umzusetzen bräuchte, dann könnte man schon eine ganze Menge einsparen bzw. reduzieren. Man muss sich einfach klarmachen, dass das öffentlich-rechtliche System, wie es über die Jahrzehnte gewachsen ist, in einer Zeit, in der es auch viele private Anbieter gibt, in dieser Form einfach nicht notwendig ist. Es muss sich stattdessen auf seinen eigentlichen Kern zurückbesinnen.

Deshalb lautet die klare Botschaft aus Bayern: Wir wollen mindestens 20 Sender im Hörfunk und im TV-Bereich streichen. Das kann auch durch die Eingliederung von kleineren Anstalten in große ermöglicht werden. Ich nenne hier nur das Stichwort Radio Bremen und Saarländischer Rundfunk. Wir könnten ohne Weiteres 14 von insgesamt 72 Hörfunkprogrammen streichen. Wir könnten auch 5 der bisher 10 Spartenkanäle ohne einen großen Verlust an Vielfalt einsparen, da sich häufig Dinge nur verdoppeln, was zu höheren Kosten und zu weniger Inhalt und Ertrag führt. Wir sollten Programme für bestimmte Zielgruppen stärker zusammenfassen und zum Beispiel Arte und 3sat zu einem Programm weiterentwickeln. Das heißt konkret, dass es einen Spartensender für ein jüngeres Publikum geben soll: ONE, ZDFneo oder Funk. Es sollte einen Spartensender für Infoangebote geben: Tagesschau24, ARD alpha, ZDFinfo oder Phoenix. Sie merken schon an der Aufzählung, wie viele Parallelange-

bote vorhanden sind, die man in dieser Form nicht benötigt. Das wird schon beim Einsparpotenzial bei ZDFneo deutlich. Für die kommende Beitragsperiode sind hier knapp 500 Millionen Euro vorgesehen. Das ist gegenüber 2021 bis 2024 eine Steigerung um 30 %. Hier besteht also ganz offensichtlich Einsparpotenzial.

Es wurde auch schon vom sehr kunst- und kulturrainen Kollegen Brannekämper ausgeführt: Wir brauchen natürlich nicht 24 Klangkörper. Das ist doch völlig klar. Hier würde eine Halbierung keinen Abbruch tun.

Ganz wichtig: Konzentration auf den Kernauftrag, auf den festen Infoanteil. Es gibt natürlich auch Unterhaltung, die öffentlich-rechtlich geprägt ist. Das ist gar keine Frage. Der Infoanteil steht aber trotzdem im Vordergrund, weil er für den Diskurs der informierten, freien, gleichen und liberalen Gesellschaft notwendig ist. Das steht im Fokus; deshalb die Forderung, den Infoanteil auf 60 % des Gesamtangebots festzuschreiben, genau so wie die Reduzierung des Overheads der Verwaltung um 10 % vorzunehmen und die Gehälter insgesamt am öffentlichen Dienst zu orientieren, weil es keinen Grund gibt, Intendanten anders als beispielsweise Ministerpräsidenten zu bezahlen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich bin insgesamt aber auch sehr stark dafür – das wurde in der Debatte auch angesprochen –, nicht an einer Strukturdebatte hängen zu bleiben und sich daran festzubeißen. Eine Strukturdebatte ist wichtig, weil sie zu deutlichen Einsparungen führt, die notwendig sind. Wir müssen uns aber auch immer wieder über die inhaltlichen Fragen und den journalistischen Anspruch auseinandersetzen, den wir alle miteinander an die Sender haben; der führt am Ende zu Vertrauen. Das heißt nicht, dass wir alle miteinander Hofberichterstattung wollen. Wir müssen uns aber darauf verlassen können, dass journalistische Arbeit auf hohem qualitativen Niveau betrieben wird und dass wir Ausgewogenheit in der Berichterstattung und keinen Kampagnen- oder Belehrungsjournalismus haben. Das ist für die Ausgewogenheit und das Vertrauen der Menschen in die Sender äußerst wichtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Beifall des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und der Staatsministerin Judith Gerlach)

Deshalb muss außer der Struktur auch die Frage debattiert werden, wie sich öffentlich-rechtliche Sender intern selber so reformieren, dass Ausgewogenheit wieder stärker spürbar wird. Sie kennen die Untersuchungen verschiedener Expertinnen und Experten, die gerade in letzter Zeit deutlich gemacht haben, dass es diese Ausgewogenheit nicht gibt bzw. diese wieder stärker angestrebt werden muss.

Es ist also viel zu tun. Es lohnt sich aber, weil wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erhalten wollen. Ich mache noch einmal deutlich: Wir als Bayerischer Landtag sind nicht einfach nur ein Abnickgremium, das irgendetwas bestätigen muss, was uns irgendeine KEF in irgendeiner Form vorgibt. Wir wissen alle um die verfassungsrechtliche Situation; da braucht uns auch kein Schlauberger zu belehren. Am Ende sind aber wir es, die in der politischen Verantwortung stehen, konkrete Vorschläge machen und dann hinter diesen Vorschlägen stehen müssen.

Ich bitte um konstruktive Begleitung der Diskussion. Dann wird es gelingen, zu guten Lösungen zu kommen. Dann wird es auch gelingen, am Ende Beitragsstabilität – das heißt keine Erhöhung der Beiträge – zu erreichen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.